

Berechtigungsschein

für die Inanspruchnahme einer juristischen Erstberatung als Mitarbeiterin / Mitarbeiter der Berliner Verwaltung auf Grund einer Beschwerde oder eines Diskriminierungsvorwurfs nach dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)

Name, Vorname

Dienststelle und Stellenzeichen

ist berechtigt auf Grund einer Beschwerde nach dem LADG wegen einer behaupteten Diskriminierung, eine juristische Erstberatung in Anspruch zu nehmen. Die juristische Erstberatung findet nach Wahl der/des Mitarbeitenden durch

a) Kanzlei Pätzelt/ Witt
(für *Beamtinnen und Beamte / Tarifbeschäftigte*)
Fritschestraße 62
10627 Berlin-Charlottenburg
Telefon: 465 20 71
Telefax: 461 21 79
E-Mail : kanzlei@ra-dpw.de

b) Kanzlei Brunzlow/Heinrich/Jühnemann
(für *Tarifbeschäftigte*)
Rechtsanwalt Christoph Heinrich
Hans-Otto-Straße 1
10407 Berlin
Telefon: [42859123](tel:42859123)
E-Mail: post@kanzlei-bhj.de

c) Langwieser Rechtsanwälte
(für Tarifbeschäftigte)
Rechtsanwältin Maria Timmermann
Kurfürstendamm 59
10707 Berlin
Telefon: 864 79 70
Telefax: 762 39 26 20
E-Mail: m.timmermann@langwieser.de

d) Rechtsanwalt Peter Splettstößer-Heise
(für Beamtinnen und Beamte / Tarifbeschäftigte)
Albestraße 7
12159 Berlin-Friedenau
Telefon: 850 777 94
Fax: 850 779 39

statt. Die ausgewählte Rechtsanwältin / der ausgewählte Rechtsanwalt wird die Vergütung für die durchgeführte Beratung unter Vorlage dieses Berechtigungsscheins, auf dem die/der Mitarbeitende die Durchführung der Beratung quittiert hat, gegenüber der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung mittels Einreichung einer prüffähigen Rechnung abrechnen. Dabei kann eine Gebühr in Höhe von maximal 190,-€ gemäß § 34 Abs. 1 RVG zuzüglich ggf. der Auslagenpauschale nach Nr. 7002 VV RVG und der Umsatzsteuer nach Nr. 7008 VV RVG geltend gemacht werden. Höhere Gebühren werden von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung nicht erstattet.

Berlin, den

SenJustVA

Hiermit bestätige ich, _____ (Name der/ des Mitarbeitenden),
dass Rechtsanwältin/Rechtsanwalt _____
mich am _____ auf Grund von gegen mich erhobenen
Diskriminierungsvorwürfen / auf Grund einer erhobenen Beschwerde nach dem LADG beraten
hat (Erstberatung).

Datum und Unterschrift